

Kreistagsvorlage

Wahlperiode 2011-2016

Beschlussvorlage: XVII/094

Sitzung am 12.12.2011

Tagesordnungspunkt: 14.6

Eingebracht von: Die Linke.OL

Betreff:

Fraktion Die Linke.OL
Landesregierung und Fraport AG sollen Kosten übernehmen

Regionalausschuss
Kreistag

30.11.2011
12.12.2011

öffentlich vorberatend
öffentlich beschließend

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung und die Fraport AG auf, sämtliche Kosten für die Bearbeitung der Anträge auf Lärmschutzmaßnahmen und Ausgleichszahlungen nach Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt Rhein/Main zu übernehmen, die dafür beim Kreis und den Kreiskommunen anfallen.

Begründung:

Auf Nachfrage aus unserer Fraktion wurde im Regio-Ausschuss bestätigt, dass die Bauverwaltung damit rechnet, mit der Bearbeitung der Anträge auf Lärmschutz oder Ausgleichszahlungen an die Fraport AG befasst zu werden.

Bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von zwei Stunden bedeutet das bei ca. 5.000 Anspruchsberechtigten im Kreis für die Bauaufsicht einen zusätzlichen Arbeitsaufwand von etwa 10.000 Arbeitsstunden.

Es ist nicht mehr als „recht und billig“, diesen Aufwand nach dem Verursacherprinzip an die Hessische Landesregierung bzw. die Fraport AG weiterzugeben.

Groß-Gerau, 15.11.2011